

# Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



## ...newsletter



Newsletter zur 08. Sitzungswoche 2011

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

die Frage „Gentests an künstlich erzeugten Embryonen zulassen oder verbieten?“ wurde am Donnerstag im Bundestag drei Stunden lang, frei von jeder Fraktionsdisziplin, mit großem Ernst debattiert. Derzeit liegen drei fraktionsübergreifende Gruppenanträge vor, die von einer eingeschränkten Zulassung bis zum strikten Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) reichen.

Ich selber unterstütze, dass die PID in extra lizenzierten Zentren - nach einer verpflichtenden Aufklärung und Beratung sowie einem positivem Votum einer Ethikkommission - dann zulässig ist, wenn ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder aber -zumeist zum wiederholten Male - mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Ich glaube, dass mit dieser Regelung für die betroffenen Frauen, für die betroffenen Eltern bereits vor der Schwangerschaft schwerste Belastungen abgewendet werden können.

Mich ärgert dieses Rumgehampel der Regierung hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern sehr. Sie begeht zwar mahnend den Equal Pay Day, der immer darauf hinweist, wieviel länger Frauen für das vorjährige Durchschnittsgehalt der Männer arbeiten müssen, will aber keine Leistungsgerechtigkeit, keine geschlechtergerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen. Anders ist die Ablehnung, Diskriminierung beim Lohn/Gehalt aktiv zu bekämpfen, nicht zu verstehen. Mir fehlt jegliches Verständnis dafür, Frauen selber dafür „schuldig“ zu erklären, weil sie sich für einen der schlechter bezahlten sogenannten „frauentypischen“ Berufe, u.a. im Gesundheits- und Sozialwesen, entschieden haben. Ich bin vielmehr der Meinung, diese personenorientierten Dienstleistungsberufe gehören aufgewertet und besser bezahlt.

Ich wünsche allen geruhsame und frohe Ostertage mit vielen bunten Ostereiern.  
Viel Spaß beim Lesen!

*Mechthild Rawert*



1)

## Inhalt:

■ <b>Gesundheitspolitik</b>	
Präimplantationsdiagnostik (PID)	2
FvO: Reform der Pflegeausbildungen	2
Diskussion zu HIV/Aids bei den Schwusos	3
■ <b>Gleichstellungspolitik</b>	
Mini-Jobs und Bedarfsgemeinschaften im SBG II	4
Fachgespräch zu Entgeltbewertungssystemen	4
■ <b>Aus der SPD-Bundestagsfraktion</b>	
Arbeitsprogramm für „Deutschland 2020“	5
■ <b>Aus dem Bundestag</b>	
Für einen breiten Konsens in der Energiepolitik	6
SPD bekräftigt Forderung nach Mindestlohn	7
Potenziale des Alters stärken	7
Schutz vor Verkehrslärm	7
Humanitäre Lage in Afghanistan verbessern	7
Marshallplan für den Mittelmeerraum	8
Nationaler Aktionsplan für Frieden und Sicherheit	8
■ <b>Sozialwahl 2011</b>	
Wählen und Mitbestimmen!	9
■ <b>Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin</b>	
Girls' Day 2011 im Bundestag	9
Biz de variz - Wir sind auch da	10
■ <b>Einladungen/Terminhinweise</b>	
Einladung für 50 BürgerInnen aus meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg und Betreuungswahlkreis Reinickendorf zur politischen Tagesfahrt	11

■ **Wahlkreis**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



■ **Gesundheitspolitik**

**Präimplantationsdiagnostik (PID) regeln**



Präimplantationsdiagnostik (PID) bezeichnet die genetische Untersuchung von Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Embryonen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Dispositionen für Erbkrankheiten oder chromosomale Veränderungen ausgeschlossen werden können. Bisher war die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Der Bundesgerichtshof urteilte am 6. Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst und damit gesetzlicher Regelungsbedarf besteht.

In der von großem Ernst geprägten parlamentarischen Debatte tauschten BefürworterInnen wie GegnerInnen einer begrenzten Zulassung von Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ihre ethischen und moralischen Argumente aus. Es liegen drei fraktionsübergreifende Gesetzesentwürfe vor, die als Gruppenentwürfe eingebracht wurden und von einer begrenzten Zulassung bis zum vollständigen Verbot reichen:

**Zulassung in Ausnahmefällen**

Ein Vorschlag (Drs. [17/5451](#)) lässt die PID in Ausnahmefällen zu, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Grundvoraussetzung ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien sowie die Vornahme des Eingriffs in lizenzierten Zentren. Vorherige Aufklärung und Beratung sowie das positive Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission sind dabei verpflichtend. Das Kernargument der AntragstellerInnen ist der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen. Zudem sollen an die PID die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie an die Pränataldiagnostik. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz. Ich unterstütze diesen Gruppenantrag.

**Verbot mit engen Ausnahmen**

Ein zweiter Vorschlag (Drs. [17/5452](#)) spricht sich für ein Verbot mit engen Ausnahmen aus. Das grundsätzliche Verbot findet keine Anwendung, wenn bei mindestens einem Elternteil eine humangenetisch diagnostizierte Disposition vorliegt, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Fehl- oder Totgeburten oder zum Tod des Kindes im ersten

Lebensjahr führt. Im Fokus steht demnach kein bestimmtes Krankheitsbild, sondern die (Über)Lebensfähigkeit des Embryos. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.

**Generelles Verbot**

Ein dritter Vorschlag (Drs. [17/5450](#)) sieht ein Verbot der PID vor. Als Grundproblem wird aus Sicht der AntragstellerInnen die Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben betrachtet, die das Grundrecht der Menschenwürde einschränke und Menschen mit Behinderungen diskriminiere. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung betrifft das Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (GenDG), das auf PID erweitert und spezifiziert würde.

**Gegen den Fachkräftemangel: Eine Reform der Pflegeausbildungen und höhere Wertschätzung für Pflegenden unabdingbar**

Die gemeinsame Neugestaltung der getrennten Ausbildungen der AltenpflegerInnen, der Gesundheits- und KrankenpflegerInnen und der Gesundheits- und KinderkrankenpflegerInnen sowie die Entwicklung von wirksamen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Aufwertung der Profession Pflege gehören sofort auf die erste Seite der politischen Agenda von Bundesgesundheitsminister Rösler und Bundesfamilienministerin Schröder. Beide tragen hierfür auf Bundesebene die politische Verantwortung. So mein Statement zu Beginn der von mir initiierten Diskussionsveranstaltung „Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung - attraktives Berufsfeld“ am 13. April im Pestalozzi-Fröbel-Haus, Schöneberg.



Die knapp 100 TeilnehmerInnen, darunter viele VertreterInnen aus Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen, Ausbildungsstätten und Hochschulen, von Selbsthilfegruppen, Vereinen und berufspolitischen Fachverbänden sowie Betriebsräten, Personalvertretungen und Gewerkschaften, forderten in einer engagierten Diskussion unter Leitung von Boris Velter, Vorsitzender der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), schnellstens politische Entscheidungen. Eine Reform der Ausbildung ist nötig, um neue qualifizierte Fachkräfte für die Pflegebranche zu gewinnen. Außerdem zu verbessern sind die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Pflege, damit Fachkräfte diese personenorientierte Dienst-



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

leistungsbranche nicht zunehmend Richtung Ausland verlassen.

### Pflege neu denken

Der Präsident des Deutschen Pflgerates Andreas Westerfellhaus forderte ein neues Berufsgesetz für die Pflege. Er monierte, dass die von der Bundesregierung Anfang 2010 eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuorganisation der Pflegeausbildungen noch keine Ergebnisse vorgelegt hat; die Probleme und auch Lösungsansätze seien schließlich seit langem bekannt. Er beklagte, dass hier über die Zukunft der PflegeexpertInnen beraten und entschieden wird, ohne die Expertise der Berufsexpertinnen und -experten aktiv einzuholen und diese in den Ausgestaltungsprozess einzubeziehen.

Gerd Dielmann, ver.di-Vertreter für den Bereich Berufsbildung/Berufspolitik Gesundheitsberufe, forderte u.a. im Interesse der Auszubildenden die Gewährleistung einer generellen Kostenfreiheit der Pflegeausbildungen. Er will künftig die Finanzierung der Ausbildungsvergütungen über ein Umlageverfahren bzw. einen Ausbildungsfonds abgesichert wissen.

Es existieren vielfältige Verwerfungen in der Pflege durch den Einsatz von Mini- und Midijobs. Darauf verwies Mechthild Kopel, Geschäftsführerin der Wert.Arbeit GmbH. Sie forderte „Gute Arbeit“, forderte die „Pflege der Pflegenden“ sowie ein flächendeckendes betriebliches Gesundheitsmanagement gerade auch in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens.

*(Die Charts der ReferentInnen werden in Kürze auf der Website von Mechthild Rawert veröffentlicht)*

Die leidenschaftlich geführte Diskussion zeigte eindrucksvoll, dass viele in der Pflege Tätigen an der Grenze der physischen und psychischen Belastbarkeit angekommen sind. Sie alle lieben ihren Beruf, aber so kann es nicht weitergehen! Beschäftigte fordern von der Politik zügige Reformen, fordern aber auch von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ganz konkret z.B. verlässliche Dienstpläne, eine stärker präventiv wirkende Gesundheitsförderung, eine höhere Wertschätzung und eine bessere Entlohnung.

### Männer folgen dem Geld

Diese Forderungen habe ich in meinem Schlusswort mit Nachdruck unterstützt. Die vor allem von Familienministerin Schröder immer wieder erhobene Forderung nach mehr Männern in Gesundheits- und Sozialberufen ist „einfach“ zu erfüllen: Männer finden den Weg in die Pflegeberufe automatisch, wenn die Rahmenbedingungen, u.a. eine bessere Entlohnung, stimmen.

Ich plädiere für eine Aufgabe der Langmut und die Erzeugung von stärkerem politischem Druck auf die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP.

### Diskussion zu HIV/Aids bei den Schwusos



Am 10. April tagte im Willy-Brandt-Haus der Bundesausschuss der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos). In meinem Impulsreferat habe ich zum aktuellen Stand der HIV/AIDS-Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion berichtet. Knut Lambertin, Politischer Sekretär des DGB für Gesundheitspolitik, berichtete über die Empfehlungen der International Labour Organisation ILO zum Umgang mit HIV und AIDS im Arbeitsleben. Es folgte eine lebhafteste Debatte, aus der eine Reihe von Vereinbarungen für die weitere gemeinsame Arbeit hervorging. Unter der Leitung von Ulf Schröder, Schwuso-Bundesvorstand, wird jetzt eine Arbeitsgruppe den Themenkomplex politisch aufbereiten.

### HIV/AIDS muss Teil einer öffentlichen Debatte sein

HIV beziehungsweise AIDS muss wieder ein Teil der öffentlichen Debatte werden, denn die Infektionsraten gerade bei jungen Menschen steigen wieder an. Trotz guter medizinischer Behandlungserfolge ist die Krankheit nach wie vor nicht heilbar. Auch ist es ein Irrglaube, dass die antivirale Therapie auf Dauer ohne körperlich auffällige Begleitscheinung ist. Es gibt Beeinträchtigungen, die kein durchgängiges beschwerdefreies Erwerbsleben möglich machen – das sollte Konsequenzen von Unternehmensseite und der Sozialversicherungsträger im Sinne der Betroffenen haben. Bis auf einige Ausnahmen bei internationalen Unternehmen ist der Umgang mit an HIV und AIDS erkrankten KollegInnen kein Bestandteil einer offenen Unternehmenskultur. Weiterhin verschweigen die meisten aus Angst vor Stigmatisierung und Arbeitsplatzverlust ihre Erkrankung. Fast nirgendwo ist HIV/AIDS Bestandteil eines betrieblichen Gesundheitsmanagements. Auch für die schwarz-gelbe Bundesregierung ist HIV und AIDS kein Thema, z.B. in einem umfassenden Präventionskonzept.

### Schaffung von Standards

Die ILO, deren Mitglied die Bundesrepublik ist, hat die Empfehlung abgegeben, dass in Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV und AIDS geschaffen werden sollen als präventive Maßnahmen und um Diskriminierungen von Betroffenen zu bekämpfen. Damit solche Stan-

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ www.mechthild-rawert.de



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

dards der ILO in den Mitgliedsstaaten rechtlich wirksam werden, müssen sie ratifiziert werden - was die schwarze Bundesregierung allerdings nicht tut.

Es gibt dringenden Handlungsbedarf, denn zusätzlich zu gesundheitlichen und sozialen Fragen stehen die Betroffenen und Angehörigen vor zu vielen ungeklärten arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen, die eine gesetzgeberische Lösung verlangen. Ansgar Dittmer, Schwuso-Bundesvorsitzender, bekräftigt: „Die Schwusos werden zusammen mit der SPD-Fraktion im Bundestag und dem DGB dafür sorgen, dass das Thema HIV/AIDS im Arbeitsleben in das Bewusstsein der handelnden Akteure zurückkommt. Die Situation der Betroffenen muss verbessert werden - obwohl die Bundesregierung auch in diesem Themenfeld versagt!“

### ■ Gleichstellungspolitik

#### Mini-Jobs und Bedarfsgemeinschaften im SGB II

Die Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, Hannelore Buls, war am 13.04. auf meine Einladung in der AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion. Sie hat zur Frage referiert, wie sich das geltende System der Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) und die sogenannte Mini-Job-Regelung auf Frauen und ihre Erwerbsbiografien auswirkt.



Das gemeinsame nüchterne Fazit der Diskussion lautete: die Mini-Job-Regelung führt insbesondere Frauen nicht nur schnurgerade in die Altersarmut, weil sie keinerlei Rentenansprüche erwerben, sie verhindert darüber hinaus auch reguläre, sozialversicherungspflichtige und angemessen bezahlte Tätigkeiten für genau diese Frauen. Auf dem Hintergrund eines aktuellen arbeitsrechtlichen Urteils zu KIK, dem Textildiscounter, der überwiegend Mini-Jobberinnen beschäftigt, wurde deutlich, welche Millionen-Summen die Unternehmen bei Sozialversicherungsleistungen und Lohnzahlungen durch Mini-Jobs einsparen. Was die Unternehmen direkt als zusätzlichen Gewinn verbuchen, fehlt den Frauen und ihren Familien als Familieneinkommen. Mini-Jobberinnen und Niedriglohn-Beschäftigte sind größtenteils Frauen, im Osten mehr als im Westen. Das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Ausgestaltung des SGB II zu den sogenannten Bedarfsgemeinschaften begünstigt diese Beschäftigung von Frauen zu Dumpinglöhnen zusätzlich. Die meisten Mini-Jobberinnen und Beschäftigten im

Niedriglohnbereich haben übrigens durchaus eine gute berufliche Qualifikation!

Deshalb kann unsere gemeinsame politische Forderung nur lauten: Abschaffung der Mini-Jobs zugunsten von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Auflösung der Bedarfsgemeinschaften zugunsten individueller Regelungen und vor allem Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für alle. An diesen Forderungen will die AG Gleichstellung aktiv weiterarbeiten.

#### Fachgespräch zu Entgeltbewertungssystemen



#### Auf Einladung des Deutschen Frauenrates am 14.04.2011 im Deutschen Bundestag

Nachdem unser in der AG Gleichstellung erarbeiteter Antrag zur Einführung einer gesetzlich verankerten Entgeltgleichheit für Frauen und Männer ([17/5038](#)) im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Tag zuvor gescheitert war, trafen alle Fraktionen in Vertretung einer Abgeordneten bei der Veranstaltung des Deutschen Frauenrates am Donnerstag, dem 14.04. wieder zu diesem Thema aufeinander.

Auch dort ging es um Entgeltgleichheit. Der Deutsche Frauenrat hatte eingeladen, mit Expertinnen aus dem Bundesfamilienministerium BMFSFJ, Frau Greszczuk, und der Hans-Böckler-Stiftung HBS, Frau Dr. Jochmann-Döll, die beiden Prüfsysteme für Entgeltdiskriminierung zu diskutieren und politisch sowie praktisch zu bewerten: vorgestellt wurde das vom Familienministerium beworbene Verfahren Logib-D und das von der HBS entwickelte Verfahren EG-Check.

Nach intensiver Debatte über die Vor- und Nachteile der Bewertungssysteme, ihre Möglichkeiten und Grenzen war sich die Runde gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat einig, dass beide Verfahren unterschiedliche Zielsetzungen haben und deshalb in Ergänzung zueinander stehen sollten. Aber nur mit dem EG-Check kann Entgeltdiskriminierung, berufliche Benachteiligung in Betrieben, Fortbildungs- und Bewertungsstrukturen und auch in vermeintlich neutralen Tarifverträgen wirksam aufgespürt werden. Um daraus dann auch Konsequenzen folgen zu lassen, Entgeltdiskriminierung von Frauen abzubauen und berufliche Benachteiligung auszugleichen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen – auch darin war sich die Runde einig.

Für mich war es eine gute Bestätigung für meine gleichstellungspolitische Arbeit im Rahmen der SPD-Fraktion, dass

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

sich das gesamte Forum mit dem von uns eingebrachten Antrag zur Einführung eines Gesetzes zur Entgeltgleichheit solidarisiert hat. Allerdings hat die politische Podiumsdiskussion mit den Abgeordneten, die den Abschluss der Veranstaltung bildete, auch gezeigt, dass eine Kernforderung der Tagung nicht erfüllt werden kann: Eine überfraktionelle Kooperation der Frauen bei den gleichstellungspolitischen Forderungen wird es nicht geben. Während die meisten Frauen unsere Meinung teilten, dass es eine gesetzliche Regelung geben muss, die mit Sanktionen ausgestattet ist und den Rechtsweg der Verbandsklage zulässt, sprachen sich beide Vertreterinnen der Regierungskoalition, Frau Schön (CDU) und Frau Laurischk (FDP) gegen eine verbindliche Regelung zugunsten der Freiwilligkeit aus. Die vom BMFSFJ vorgetragene Resultate des Angebots an die Unternehmen, Logib-D anzuwenden, sind deutlich: auch heute noch führt Freiwilligkeit zu keinem akzeptablen Ergebnis für mehr Gleichstellung. Lediglich 75 Unternehmen haben sich bis jetzt überhaupt für das Prüfverfahren entschieden, ob und wie daraus Konsequenzen folgen, blieb offen. Darüber hinaus stellt nur das EG-Check-Verfahren der HBS ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem auch die Gleichwertigkeit von Arbeit geprüft werden kann. Das aber ist gerade im Hinblick auf die krassen Gehaltsdifferenzen zwischen den sogenannten typischen Frauen- und typischen Männerberufen wichtig.

Ich habe meine Meinung mit Nachdruck vertreten, dass nur unsere SPD-Forderung nach einem Gesetz die skandalöse Lohnlücke, das Pay-Gap von 23 Prozent schließen kann. Denn die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist so alt wie die Frauenbewegung. Und dennoch in Deutschland so wenig umgesetzt wie in kaum einem anderen Land. Nur die SPD hat bislang einen Vorschlag auf den Weg gebracht, mit welchen konkreten Maßnahmen und Einzelschritten dieses Ziel erreichbar wird.

Weitere Infos über die Homepage des Deutschen Frauenrates: [www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)



### ■ Aus der SPD-Bundestagsfraktion

#### Arbeitsprogramm für Deutschland

SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet Modernisierungskonzept „Deutschland 2020“

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Deutschland ab 2013 wieder eine verlässliche Regierung erhält. Wir wollen die unter massivem Glaubwür-



digkeits-, Vertrauens- und Autoritätsverlust leidende CDU/CSU und FDP-Regierung ablösen. Mit unserem Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ haben wir uns bei der Jahresauftaktklausur im Januar vorgenommen, ein Politikkonzept zu entwickeln, das den Weg unseres Landes bis zum Ende des Jahrzehnts beschreibt. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt somit die Weichen für eine neue Regierungsmehrheit. „Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch Bildung und Arbeit.“ So haben wir es auf der Klausur in Magdeburg formuliert. Deutschland darf unter völlig veränderten demografischen Bedingungen nicht auseinander fallen und zu einer Transfergesellschaft werden. Es gilt, die Spaltung zu verhindern und die Mitte zu stärken. Deutschland soll eine Arbeitsgesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten besteht die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist das Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

#### Das Projekt Zukunft gestalten

Im intensiven Austausch mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und AkteurInnen werden neue Antworten auf drängende Herausforderungen entwickelt: Erstens wird es um ein Investitions- und Infrastrukturkonzept zur Modernisierung der Netze bei Verkehr, Energie, Kommunikation und beim Gebäudebestand gehen. Zweitens wollen wir aufzeigen, wie eine modern ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik zu Vollbeschäftigung führen und gleichzeitig mit guten, fair entlohnten Arbeitsplätzen verbinden kann. Dabei muss geklärt werden, welche Rolle der öffentlich geförderten Beschäftigung zukommt, wie die Fachkräftebasis zu sichern ist und wie wir für eine gesteuerte Zuwanderung sorgen können. Hierzu gehört drittens auch die Förderung der Potenziale von Kultur- und Kreativwirtschaft. Viertens streben wir an, die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik durch ein realistisches Haushalts- und Konsolidierungskonzept wiederherzustellen, welches sozial-ökologischen Zielen dient und gleichzeitig die öffentliche Hand in Bund, Ländern und Kommunen handlungsfähig erhält. Fünftens wird ein Plan zum quantitativen Ausbau der Ganztagschulen sowie ein qualitatives Konzept für die „Ganztagschule als sozialer Ort“ erarbeitet. Wir wollen bis 2020 jedem Kind einen Platz in einer guten Ganztagschule anbieten. Fünftens wird das im Januar von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossene Integrationskonzept weiterentwickelt. Sechstens wollen wir die bereits erarbeiteten Konzepte zur Lohngleichheit von Frauen und Männern im Beruf sowie zur Quotierung von Führungspositionen konkretisieren. Siebtens wollen wir ein politikfeldübergreifendes Konzept für eine sozialdemokratische Lebenslauf- und Generationenpolitik entwickeln, welches einerseits grundlegende

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Finanzierungsformen unseres SPD-Konzeptes einer Bürgerversicherung für Pflege und Gesundheit umfasst. Andererseits aber auch Antworten für die verschiedenen Interessen der jungen Generation und der mittleren Jahrgänge liefert und gleichermaßen die aktive Teilhabe Älterer am sozialen Leben gewährleistet, um die Potenziale des Alters besser nutzen zu können.

Jedes dieser Projekte ist eine Querschnittsaufgabe, die mehr als einen Arbeitsbereich umfasst. Genau dieser Blick über den Gartenzaun und dieses Zusammenführen von Kompetenzen muss unsere Methode sein, um unsere Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben. Unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier hat es auf den Punkt gebracht: „Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit. Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten.“

Wir werden die Menschen überzeugen —mit einem ansprechenden, weil visionären, mit einem glaubwürdigen, weil realistischen, mit einem zukunftsfähigen, weil nachhaltigen, mit einem richtungsweisenden, weil wertorientierten Regierungsprogramm.

### ■ Aus dem Bundestag

#### Für einen breiten Konsens in der Energiepolitik



Damit die Menschen der Gestaltungskraft der SPD wieder vertrauen und uns 2013 mit gutem Gewissen bei der Bundestagswahl

ihre Stimmen geben, wird im Dialog mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Initiativen und Projekten diskutiert und debattiert. Die Arbeiten in den verschiedenen Programmkommissionen beim SPD-Parteivorstand laufen heiß. So hat das SPD-Präsidium am 11. April im Beschluss „Deutschland braucht einen dauerhaften Energiekonsens!“ Grundlagen und Bedingungen der SPD für einen großen gesellschaftlichen Konsens zur Energiepolitik formuliert. Wir machen Vorschläge für den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie und für den beschleunigten Umstieg in die erneuerbaren Energien.

#### Für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung

Dementsprechend hat die SPD-Bundestagsfraktion in unserem Antrag (Drs. [17/5473](#)) ein umfassendes Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversor-

gung vorgelegt. Darin fordern wir für die Beratungen über einen beschleunigten Atomausstieg und die Zukunft der Energiepolitik den Sonderausschuss des Bundestages „Atomausstieg und Energiewende“. Unser Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier kritisierte die permanente Umgehung des Parlaments durch Schwarz-Gelb. Union und FDP fehle die Glaubwürdigkeit, eine tragfähige Energiewende einzuleiten. Der Sonderausschuss soll zum einen die notwendigen Änderungen des Atomgesetzes vorbereiten, um rechtzeitig zum Ende des schwarz-gelben „Moratoriums“ zu gewährleisten, dass die Abschaltung der unsichersten Atomkraftwerke eine stabile gesetzliche Grundlage hat. Außerdem soll der Ausschuss einen Vorschlag zur Anpassung der Sicherheitsforderungen für Atomkraftwerke formulieren. Zum anderen soll der Sonderausschuss einen Weg aufzeigen, um noch in diesem Jahrzehnt aus der Atomkraft auszusteigen und so schnell wie möglich eine vollständige Energieversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren Energien zu erreichen. Mit unserem Konzept zeigen wir, wie auf der Grundlage eines schnellen Atomausstiegs und unter Einhaltung der Klimaschutzziele eine tragfähige Energiewende in Deutschland gelingen kann. Das Konzept weist den Weg zu einer Energiewende, bei der die Energieversorgung von fossilen und nuklearen Brennstoffen hin zu einer Energieversorgung auf Basis von Erneuerbaren Energien umgestellt wird.

#### Chance für einen überparteilichen Konsens nutzen

Deutschland braucht einen breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens in der Energiepolitik. Schließlich wollen die Menschen beschleunigt heraus aus der Kernenergie und beschleunigt hinein in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien. Jetzt geht es um einen Konsens, wie dieser Weg konkret gestaltet werden soll. Über die damit verbundenen Fragen – der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit für die privaten Verbraucher und die Industrie, der Klimaverträglichkeit – muss jetzt im Bundestag qualifiziert geredet werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine große Chance haben – und diese Chance sollten wir nicht ungenutzt lassen.



Weiter Infos zum Thema und zum Beschluss des SPD-Präsidiums finden Sie hier:

[http://www.spd.de/Politik/10604/aufruf\\_energiewende\\_jetzt.html](http://www.spd.de/Politik/10604/aufruf_energiewende_jetzt.html)

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## SPD bekräftigt Forderung nach Mindestlohn

Im Vorfeld der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai haben wir als SPD-Bundestagsfraktion unsere Forderung nach einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland bekräftigt. Der von uns eingebrachte Entwurf eines Mindestlohngesetzes (Drs. [17/4665](#)) sieht die Einführung eines allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns vor, der bei Vollzeitbeschäftigung ein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet. Die absolute Untergrenze soll bei 8,50 Euro pro Stunde liegen. Darüber hinaus schlagen wir einen Mechanismus vor, der es erlaubt, die Höhe des Mindestlohns jährlich nach oben anzupassen. Union und FDP haben den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion am Donnerstag mit ihrer Mehrheit abgelehnt.



Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der EU machen die soziale Flankierung des Binnenmarktes noch wichtiger. In der Debatte zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs forderten wir daher neben dem Mindestlohn weitere Maßnahmen, um Lohn- und Sozialdumping wirksam zu verhindern. Dazu gehören die Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit, wirksame Sanktionsregeln zur Durchsetzung und Kontrolle des von der SPD durchgesetzten Mindestlohns in der Leiharbeit, eine angemessene Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sowie eine umfassende Information und Beratung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Ländern.

Ich selbst dränge schließlich kontinuierlich auf die Umsetzung des „Gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit“.

## Potenziale des Alters stärken



Ältere Menschen verfügen über Kompetenzen und Potenziale, die für unsere Gesellschaft einen unschätzbaren Wert darstellen. In unserem Antrag (Drs. [17/2145](#)) der SPD-Bundestagsfraktion sprechen wir uns dafür aus, lebenslanges Lernen und bürgerschaftliches Engagement von älteren Menschen besser zu unterstützen. Ziel ist es, die Chancen von Älteren auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu stärken. 2050 wird jeder Dritte in Deutschland älter als 60 Jahre sein. Dieser Prozess muss gemeinsam mit den älteren Menschen gestaltet werden. Die Erfahrungen und Fähigkeiten der Älteren tragen erheblich zur Stärkung der Demokratie, zur Solidarität zwischen den Generationen, zur gesellschaftlichen Innovation und zur Sicherung des sozialen

Zusammenhalts bei. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die generationsübergreifenden Freiwilligendienste sowie die Infrastruktur für das Engagement Älterer weiter auszubauen. Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement und bei Bildungsmaßnahmen müssen überprüft werden. Altersdiskriminierung soll wirksam bekämpft werden, vor allem durch die Antidiskriminierungsstelle. Im Europäischen Rat soll die Regierung sich für die Umsetzung des Richtlinienvorschlags zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung einsetzen, der auch das Alter einschließt.

Das Ziel des lebenslangen Lernens muss durch einen nationalen Pakt für die Erwachsenenbildung vorangebracht werden. Vor allem die Bedürfnisse von sozial Schwächeren, Geringqualifizierten, Migrantinnen und Migranten, Behinderten sowie Älteren in ländlichen Regionen sollen dabei bedacht werden.

## Schutz vor Verkehrslärm

Mobilität ist eine Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und ermöglicht den Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten. Gleichzeitig ist sie die Basis von wirtschaftlichem Wachstum und sichert Arbeitsplätze. Die Kehrseite der Mobilität ist der Verkehrslärm. Für Millionen von Menschen stellt er eine alltägliche Belastung dar, die im schlimmsten Fall krank machen kann. In den nächsten Jahren wird der Verkehr in Deutschland massiv zunehmen. Ohne eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung wird sich die Akzeptanz für notwendige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur kaum gewährleisten lassen. Wir, die SPD-Bundestagsfraktion, fordern in unserem Antrag (Drs. [17/5461](#)) einen neuen Infrastrukturkonsens im Verkehrssektor, der einen verlässlichen und akzeptablen Schutz vor Lärm sicherstellt.



## Humanitäre Lage in Afghanistan verbessern



Um die Lage in Afghanistan zu stabilisieren, muss die Lebenssituation der Bevölkerung nachhaltig verbessert werden. Als einer der größten Geber ziviler Hilfe leistet Deutschland in der Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Befriedung des Landes und zur Stärkung der Menschenrechte. Bei der Neuausrichtung des Afghanistan-Mandats und der Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit ist bisher allerdings unklar,

### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

welche Konzepte und Ziele seitens der Bundesregierung für die Verbesserung der humanitären Lage verfolgt werden.

In unserem Antrag (Drs. [17/1965](#)) fordern wir SozialdemokratInnen die Regierung dazu auf, die fraktionsübergreifende Initiative zur wissenschaftlichen Evaluation der deutschen Beteiligung an ISAF (International Security Assistance Force) und des deutschen und internationalen Engagements für den Wiederaufbau Afghanistans zügig umzusetzen. Sie soll dem Bundestag vor der nächsten Verlängerung des ISAF-Mandats vorgelegt werden. Eine regelmäßige Berichterstattung der Regierung über die Fortschritte beim Aufbau des Landes ist notwendig. Vor Ort muss Deutschland stärker auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und der afghanischen Zivilgesellschaft setzen. Dabei sollen Entwicklungsziele im Vordergrund stehen. Die Strategie des von der FDP geführten Entwicklungsministeriums, zivile Aufbauarbeit und Militär in Zukunft stärker zu verknüpfen, ist kontraproduktiv. Auch die regionale und thematische Breite der deutschen Entwicklungszusammenarbeit muss erhalten bleiben. Sie soll auf die überwiegend ländlichen Regionen Afghanistans ausgerichtet werden, vor allem bei der medizinischen Grundversorgung. Die Geberkoordination muss verbessert werden. Wir fordern zudem die Einrichtung eines Friedens- und Wiederaufbaufonds und eine kohärente Strategie zur Einbeziehung der Nachbarn Afghanistans. Die Regierung ist gefordert, einen Aktionsplan zur Förderung von Frauen zu erarbeiten. Frauen müssen stärker am Aufbau ihres Landes beteiligt werden.

### Marshallplan für den Mittelmeerraum

Die historischen Umbrüche in Nordafrika verlangen nach einem neuen Ansatz, um die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll zu unterstützen. In unserem Antrag (Drs. [17/5487](#)) schlagen wir SozialdemokratInnen einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum vor.



In mehreren Ländern der arabischen Welt demonstrieren mutige Menschen für Demokratie, Menschenrechte und eine Verbesserung ihrer sozialen Situation. Diese Bewegungen verdienen unsere aktive und nachhaltige Unterstützung. Wir fordern daher ein Umdenken Deutschlands und Europas. Notwendig ist ein strategischer Ansatz zur Unterstützung der Demokratisierung und des Umbau der

arabischen Staaten und Gesellschaften. Wir Europäer müssen dabei über einen rein wirtschaftlichen Ansatz hinausgehen.

Notwendig ist auch eine neue Energiepartnerschaft zwischen der EU und Nordafrika. Diese Konzepte werden noch dringlicher durch die Katastrophe von Fukushima und den in Deutschland absehbaren Atomausstieg. Dezentral erzeugte Erneuerbare Energie und qualifizierte Arbeitsplätze in der Region können dort für Wirtschaftswachstum sorgen, Stromimporte in die EU zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele beitragen.

### Nationaler Aktionsplan für Frieden und Sicherheit



Wir als SPD-Bundestagsfraktion setzen uns in dem gemeinsamen Antrag (Drs. [17/5044](#)) der Oppositionsfraktionen für einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ ein. Die Resolution fordert die politische Teilhabe von Frauen vor allem in Friedensprozessen sowie den Schutz von Frauen vor Gewalt.

Mit der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 zum ersten Mal eine völkerrechtlich verbindliche Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von gewalttätigen Konflikten und beim Friedensaufbau beschlossen. Dies war ein Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik.

Leider wird die Resolution bis heute nur sehr schleppend umgesetzt. Auch Deutschland hat immer noch keinen nationalen Aktionsplan mit konkreten Zielvorgaben für die Umsetzung. Dabei könnte Deutschland gerade jetzt als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit einem Aktionsplan deutlich machen, dass es seine Verpflichtungen aus dieser zentralen Resolution ernst nimmt. Dies würde auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands bei seinem Engagement für Kinder in bewaffneten Konflikten erhöhen. Schließlich hat die Bundesregierung verlaublich, in diesem Bereich während ihrer Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat besonders aktiv werden zu wollen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im vergangenen Jahr einen Antrag (Drs. [17/3176](#)) zur UN-Resolution 1325

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

eingbracht und eine konsequentere Umsetzung durch die Bundesregierung gefordert.

### ■ Sozialwahl 2011

#### Wählen und Mitbestimmen!

In diesem Jahr sind rund 48 Millionen Versicherte dazu aufgerufen, zur Sozialwahl zu gehen. Die Sozialversicherungswahlen sind eines der ältesten deutschen Wahlsysteme. Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten sind sie neben den Wahlen zum Deutschen Bundestag und den Wahlen zum Europäischen Parlament die drittgrößten Wahlen in Deutschland. Die Sozialwahl ist eine reine Briefwahl. Die Wahlunterlagen werden allen Wahlberechtigten zwischen dem 11. und 21. April per Post zugeschickt.



Die Sozialwahl bezeichnet in Deutschland die Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der gesetzlichen Sozialversicherungsträger. Sie findet alle sechs Jahre bei allen Trägern der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung statt. Somit stellt die Sozialwahl das Kernstück der Demokratie in der Sozialversicherung dar. Die Versicherten wählen ihre Vertreterversammlung bzw. ihren Verwaltungsrat in die Selbstverwaltungsparlamente der gesetzlichen Sozialversicherungsträger. Dabei werden keine politischen Parteien gewählt, sondern Listen mit KandidatInnen, die bei der Deutschen Rentenversicherung Bund oder bei einer der fünf Ersatzkassen versichert sind. Die KandidatInnen verfügen nicht nur über hohen Sachverstand im Bereich der Sozialversicherung, als Mitglieder ihrer Renten- und Krankenversicherung kennen sie darüber hinaus die Bedürfnisse und Sorgen der Versicherten. Alle VertreterInnen engagieren sich ehrenamtlich.

Der Gesetzgeber sieht zwei verschiedene Möglichkeiten vor, die Sozialwahl durchzuführen: eine Wahl mit Wahlhandlung (Urwahl), bei der die Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben können, und eine Wahl ohne Wahlhandlung (auch als Friedenswahl bezeichnet).

In Urwahlen werden somit 2011 die Vertreterversammlungen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Mittel- und Ostdeutschland sowie die Verwaltungsräte bei den Ersatzkassen - BARMER GEK, TK, DAK, KKH-Allianz,

hkk - und bei der BKK Ernst & Young und der Hypo-vereinsbank BKK neu gewählt.

Also machen Sie Gebrauch von Ihrem Recht auf Mitbestimmung!

### ■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

#### Girls'Day 2011 im Bundestag



Am 14.04. wurde der 11. Girls'Day für Schülerinnen ab der Klasse 5 angeboten. Die Mädchen lernen im größten Berufsorientierungsprojekt Deutschlands u.a. Ausbildungsberufe und Studiengänge in Technik, IT, Handwerk und Naturwissenschaften kennen. Aber auch in der Politik sind Frauen bisher unterrepräsentiert. Deshalb ist die Begegnung mit weiblichen Vorbildern in Führungspositionen aus Wirtschaft oder Politik wichtig.

Mich besuchten zwei Schülerinnen des Eckener-Gymnasiums aus Tempelhof-Schöneberg, um meine politische Arbeit im Bundestag kennenzulernen. Während eines Rundgangs durch die Bundestagsgebäude erhielten sie erste Informationen und Einblicke in die politischen Verfahren in den verschiedenen Arbeitsgruppen, Arbeitskreisen und Ausschüssen, die letztendlich zur Gesetzgebung im Plenum führen. Danach hatten die zwei Schülerinnen im Abgeordnetenrestaurant im Deutschen Bundestag die Gelegenheit, mit mir persönlich über die gewonnenen Eindrücke zu reden.

Trotz guter Ausbildung erfahren Frauen in unserer Gesellschaft noch keine angemessene Gleichstellung in der Berufswelt. Daher ist es wichtig, das vorhandene Potential von Frauen frühzeitig zu fördern und Karrierewege aufzuzeigen. Ein guter Weg dazu bietet der Girls'Day. Mädchen erhalten Gelegenheit zu zielgerichteten Informationen, die ihre Zukunftsentscheidungen unterstützen und sie ermutigen, sich in ihren Interessengebieten zu engagieren.

Die Berufswahl hängt heute noch immer sehr von den Geschlechterrollen ab. Mädchen und junge Frauen entscheiden sich selten für ein männerdominiertes Berufsfeld. Frauen sind auch weniger in Führungspositionen vertreten und müssen im Durchschnitt ein viertel Jahr länger arbeiten, um den gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit zu erzielen. Die SPD fordert des-

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 10

wegen den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Beendigung der Entgeltdiskriminierung und eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände.

### **Biz de variz - Wir sind auch da Beratungs- und Begegnungsstätte für Behinderte mit Migrationshintergrund eröffnet**

„Wir sind auch da!“ heißt der am 11.03. am Standort einer Werkstatt für behinderte Menschen des Werkstatträgers USE (Union sozialer Einrichtungen im Unionhilfswerk) neu eröffnete Begegnungspunkt in der Kreuzberger Oranienstraße 26. Dass das Projekt angekommen ist, machen auch die vielen Plakate deutlich, auf denen unübersehbar „Biz de variz - wir sind auch da“ geschrieben steht. In der Begegnungs- und Anlaufstelle, einem Gemeinschaftsprojekt der Türkisch-Deutschen Frauenvereinigung BETAK e.V., USE und den Berliner Werkstätten für Behinderte (BWB), finden Familien mit behinderten Kindern, finden Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung und ihre Angehörigen Rat und Unterstützung bei der Suche zu Angeboten der Behindertenhilfe.

Bei strahlendem Sonnenschein kamen viele, u.a. Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Mustafa Pulat, Türkischer Generalkonsul, Mechthild Rawert (SPD), Bundesabgeordnete, Wolfgang Grasnack, USE Geschäftsführer, Sema Özcan Sarigul (Bild rechts), BETAK Vorsitzende, und Jürgen Scheider, Beauftragter des Landes für Menschen mit Behinderung. In den Grußworten wurde auf die „sozialräumliche Funktion“, die Öffnung von Einrichtungen für Behinderte ins lokale Umfeld, ins Gemeinwesen verwiesen. „Wir sind auch da“ ist sowohl ein gelungenes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement als auch für Inklusion.

Die Öffnung aller Institutionen für Menschen mit und ohne Behinderungen ist eine Forderung der seit 2009 auch für Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention.



### ■ Terminhinweise

#### **01. Mai: 09:30 - 18:00 Uhr**

##### ● **Die Berliner SPD bei der Mai-Demonstration des DGB**

Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an der DGB-Demonstration zum 1. Mai auf. Das diesjährige Motto lautet: "Das ist das Mindeste! Faire Löhne, Gute Arbeit, Soziale Sicherheit."

Treffpunkt der Berliner SPD ist um 9.30 Uhr an der Kleiststraße zwischen Wittenbergplatz und Kreuzung an der Urania. Der Demonstrationzug führt vom Gewerkschaftshaus am Wittenbergplatz über den Nollendorfplatz zum Brandenburger Tor. Dort beginnt um 11.30 Uhr die Kundgebung mit dem DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Bis 18 Uhr findet ein Bühnenprogramm mit Talk, Live-Musik, Dance und Kabarett statt. Die AfA informiert mit einem Stand auf dem DGB-Fest an der Straße des 17. Juni.

Hier gibt es nähere Infos:

<http://www.spd-berlin.de/termine/2011-mai/11-05-01dgb-demo/?cy=2011&cm=5>



#### **01. Juni:**

##### ● **Sozialwahl 2011**

Jedes sechste Jahr finden die drittgrößten Wahlen in Deutschland statt - die Sozialwahlen. Die Sozialwahl ist eine reine Briefwahl. Die Wahlunterlagen werden allen Wahlberechtigten zwischen dem 11. und 21. April per Post zugeschickt. Pro Stimmzettel darf nur eine Liste angekreuzt werden! Danach müssen die ausgefüllten Unterlagen nur noch mit der Post **bis spätestens zum 1. Juni** zurückgeschickt werden – in Deutschland selbstverständlich portofrei. Es gilt der Tag des Posteingangs, nicht der Tag des Poststempels!

Mit der Sozialwahl nehmen Versicherte ihre Belange selbst in die Hand. **Machen Sie Gebrauch von Ihrem Recht auf Mitbestimmung!**

Weitere Infos finden Sie hier:

[www.sozialwahl.de](http://www.sozialwahl.de)



#### ■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ **www.mechthild-rawert.de**



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 11

### Einladungen zu Veranstaltungen:

#### 06. Mai: Ganztägig

- **Politische Tagesfahrt**

Politik hautnah erleben:

**Ich lade 50 BürgerInnen aus meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg und meinem Betreuungswahlkreis Reinickendorf zur politischen Tagesfahrt ein.**



**ANMELDUNGEN** bis **20.4.2011** mit Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort an:  
Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB  
Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin

Tel: 720 13 884, Fax: 720 13 994,

eMail: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

(Die persönlichen Angaben sind aufgrund der Sicherheitsüberprüfung durch den Deutschen Bundestag nötig. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.)

**Das Bundestagsbüro und das Wahlkreisbüro sind nach Ostern vom 26. bis zum 29. April geschlossen!**



### Impressum.

#### Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227 737 50

Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

### Kontakt.

#### Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884

Fax: 030/720 13 994

eMail: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

### Online.

 [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

 [www.facebook.com/mechthild.rawert](http://www.facebook.com/mechthild.rawert)

 [www.flickr.com/photos/mechthild-rawert](http://www.flickr.com/photos/mechthild-rawert)

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

Weitere Termin-Infos unter:

[www.mechthild-rawert.de/date-browser](http://www.mechthild-rawert.de/date-browser)

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de)

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

